

Strategie zur Verwaltungsdigitalisierung

[01.12.2023] In Sachsen hat das Kabinett eine umfassende Strategie für die digitale Transformation der Verwaltung verabschiedet. Diese nimmt die künftige Ausgestaltung der digitalen Leistungen, aber auch die Mitarbeitenden und übergeordnete Themen wie digitale Souveränität in den Blick.

Die sächsische Staatsregierung hat im Kabinett die Strategie zur digitalen Transformation der Staatsverwaltung verabschiedet. Dieses Gesamtkonzept gebe den Rahmen für das Handeln der Sächsischen Staatsverwaltung bis zum Jahr 2030 vor, heißt es in einer Meldung der Staatskanzlei. „Wir verfolgen mit der Strategie einen ganzheitlichen Ansatz. Für die Digitalisierung in den Behörden müssen sich die rechtlichen Rahmenbedingungen, die organisatorischen Abläufe und Regelungen, das Personal und die Arbeitskultur ebenso wie die Technik verändern. Bisher gewohnte Strukturen, Rollen und Verhaltensweisen werden hinterfragt und angepasst. Das ist ein Kulturwandel, der gesteuert werden muss“, sagt der Chief Information Officer (CIO) des Freistaates Sachsen, Thomas Popp. Die Strategie gebe denjenigen, die in den staatlichen Behörden Prozesse gestalten und Entscheidungen treffen, eine Orientierung auf dem weiteren Weg zur digitalen Verwaltung.

Die Strategie beinhaltet fünf wesentliche Handlungsfelder: Die strategische Steuerung sieht vor, dass sich alle Prozesse an übergeordneten Strategien ausrichten müssen, etwa an der Strategie für den Freistaat Sachsen, „sachsen digital 2030“ ([wir berichteten](#)) und der sächsischen KI-Strategie. Dadurch soll sichergestellt werden, dass alle Ministerien nach einheitlichen Standards vorgehen und die verfügbaren Ressourcen optimal eingesetzt werden. Im Handlungsfeld „Digitale Leistungserbringung“ geht es darum, die elektronischen Verfahren und Zugangsportale wie beispielsweise das Bürgerportal Amt24 kontinuierlich, bedarfsgerecht und nutzerorientiert weiterzuentwickeln. Festgelegt ist auch, dass Verwaltungsleistungen künftig in vollständig medienbruchfreien, digitalisierte Ende-zu-Ende-Prozesse verarbeitet werden können.

Maßnahmen werden zentral koordiniert

Darüber hinaus soll die digitale Arbeitsweise der Bediensteten „durch den Einsatz von technischen und methodischen Innovationen unterstützt“ werden, etwa mit KI und agilen Arbeitsmethoden. Zudem muss Staatsverwaltung ihre Krisenfestigkeit bei IT-Notfällen durch Cyber-Angriffe stärken. Auch sollen die Bediensteten mit den erforderlichen Kompetenzen für die digitalisierte Arbeitswelt ausgestattet werden, etwa durch ein abgestimmtes System aus Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten. Um die technische Basis der digitalen Transformation weiter zu entwickeln, sollen ressortübergreifende IT-Leistungen beim zentralen IT-Dienstleister der Sächsischen Staatsverwaltung zentralisiert und standardisiert werden. Auch die digitale Souveränität der Staatsverwaltung soll weiter gestärkt werden.

Aus dem Strategiepapier werden nun Maßnahmen erarbeitet, um diese Ziele zu erreichen. Bereits bestehende Konzepte und Umsetzungspläne werden integriert. Die Maßnahmen sollen zentral koordiniert und durch die sächsischen Staatsministerien umgesetzt werden. In regelmäßigen Abständen soll das sächsische Kabinett über den Fortgang der Umsetzung unterrichtet werden.

Erarbeitet wurde die Strategie gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus allen sächsischen Ministerien. Sie schreibt die bisherige „Strategie IT und E-Government des Freistaates Sachsen“ fort. Wichtige Zielstellungen dieser Strategie aus dem Jahr 2014 wurden beispielsweise mit der Einführung der elektronischen Aktenführung und des mobilen Arbeitens erreicht.

(sib)

Strategie Digitale Verwaltung Hessen 4.1

Stichwörter: Politik, Sachsen, Verwaltungstransformation, Strategie